

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach 200. Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblattausgabe“ Nr. 6658-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfach 200. Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Trags-Geld für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Sperrgeld, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, aus schließlich Beleggeld. — Trags-Geldstellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle der Reichsbank, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen Hauptstellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Wg. für örtliche Anzeigen; 30 Wg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Wg. für örtliche Kleinanzeigen; 2.50 Wg. für auswärtige Kleinanzeigen. — Bei Wiederholungen und bei Abnahme von Anzeigen entsprechend Nachschlag. — Anzeigenannahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen. — Anzeigenannahme: 6202 und 6203.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Köpenick 6202 und 6203.

Donnerstag, 20. Februar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 78. • 67. Jahrgang.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 18. Februar.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Landsberg, Erzberger, Wollf, Dr. Weß, Südekum u. a.

Präsident Behrensdorf eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. In einem Telegramm aus Berlin wendet sich ein Herr mit scharfen Worten gegen den Vergnügungsappetit und fordert die Einführung von Landestruaen und das Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten. (Lebhafter Beifall.) Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Heine und Genossen (D. Vpt.), betreffend die Vorlegung einer Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission geflossenen Verhandlungen.

Auslieferung der deutschen Handelsflotte, Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfrage.

Ramens der Interpellanten begründet Abg. Bögl (D. Vpt.) die Interpellation und sagt, daß die Auslieferung der Tausende von Lokomotiven und der Hunderttausende von Eisenbahnwagen, die durchzuführen werden müssen, ohne daß ein Sachverständigenprogramm aufgestellt worden wäre, um die Möglichkeit der Durchführung technisch zu sichern. Ich richte an den Reichsminister Erzberger die Frage, ob ihm diese Dinge bekannt sind. (Weiterkeit.) Schließlich kam die Verhinderungsnachricht, es sei erreicht worden, daß wir statt der fehlenden 10 Prozent Wagen und Lokomotiven 50 000 landwirtschaftliche Maschinen ausliefern brauchten. Ich frage: Hat der Herr Reichsminister Erzberger sich davon überzeugt, ob unsere Eisenwerke und unsere Maschinenfabriken überhaupt in der Lage sind, diese Maschinen zu liefern? Und nun der zweite Punkt, den ich auf das Schicksal des Leiters der Waffenstillstandskommission legen muß. Von Anfang an hat der Verein Deutscher Stahlindustrieller immer und immer wieder dringend um die Zulassung von Sachverständigen gebittet. Er wurde von Woche zu Woche hingehalten — Redner gibt eine ausführliche Darstellung dieser Verhandlungen — und schließlich haben wir durch Nachfrage bei der Regierung direkt festgestellt, daß bei den Verhandlungen in Gera, Trier und Luxemburg Sachverständige der Kohlen- und Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert sind, überhaupt nicht zugezogen worden sind. (Hört! Hört!) Woher nimmt Herr Erzberger das Recht, allein über so wichtige Fragen unseres Volkes zu entscheiden? Obwohl von Sachverständigen aufs schärfste Protest erhoben worden war, hat Herr Erzberger das Schiffahrtsabkommen unterschrieben. Ich frage wiederum: Wer gab Ihnen das Recht dazu? Der Ministerpräsident veranlaßt, daß wir den Arm zur Arbeit frei bekommen. Sie, Herr Reichsminister, haben diesen Arm in Fesseln geschlossen. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei; Unruhe im Zentrum.) Wenn heute ganz Deutschland unter einer gewaltigen Kohlennot leidet, so ist das nicht die Folge der milden Streiks (Hört! Hört! bei den Sozialisten), sondern in erster Linie die Folge davon, daß die Erzeugung nicht dem Verbrauch zugeführt werden kann. (Sehr richtig!)

Denn liegen allein im Ruhrgebiet 2 000 000 Tonne Kohlen auf den Bahnen, die nicht abgefahren werden können, und Tausende von Arbeitswilligen müssen feiern, weil man ihnen keine Arbeit geben kann.

(Hört! Hört!) Gegen Sie, Herr Reichsminister Erzberger, erheben wir schwere Vorwürfe. Wir werfen Ihnen vor, daß Sie in wichtigen Lebensfragen der Nation (Große Unruhe im Zentrum.) niemals Sachverständige zu Rate gezogen haben. Wir werfen Ihnen vor... (Die nächsten Ausführungen des Redners gehen unter in lärmenden Kundgebungen des Zentrums und der Demokraten, aus denen fortgesetzt gerufen wird: „Schluß! Schluß!“)

Nachdem der Redner minutenlang angeordnet hat, erklärt Präsident Behrensdorf: Ich habe festgestellt, daß Ihre persönlichen Angriffe den Entscheidungstisch entsetzt haben! (Unruhe und Aufregung: Rufen!) Nun bitte ich aber das hohe Haus, den übrigen Ausführungen in Ruhe zuzuhören.

Abg. Bögl fährt fort: Wir müssen zu den weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige hinzuziehen. (Lebhafter Beifall; Hört! bei der Mehrheit.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort

Reichsminister Erzberger:

Die Begründung der Vorwürfe Böglers erfolgte mit einer Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit (Große Unruhe; lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit), wie ich sie bisher nicht kennen gelernt habe. Anklagen schwerster Art wurden auf völliger Unkenntnis und einer unehrbaren Verschönerung der wirklichen Vorgänge aufgebaut. (Hört! Hört! bei der Mehrheit; große Unruhe rechts.) Der Redner meint, die letzte Erneuerung des Waffenstillstandes habe ihm die Türen geöffnet. Und sind die Türen längst geöffnet, seitdem gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Vollst. den Niedergang unseres Vaterlandes herbeigeführt hat. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit; großer Lärm rechts.) Angesichts dieser Sachlage ist es wirklich ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Stinnes es wagt, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Versöhnung eintreten ist während gerade diese Gruppe die Volksherrschaften aufwühlte und unserem Volke neue Wunden auferlegte. (Erneute stürmische Zustimmung bei der Mehrheit; Lärm rechts.) Gerade die Rechte stand dem Willensfrieden entgegen, und heute kommt sich der Redner an den Willensfrieden, den er früher verhöhnt hat. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Der Redner fragt, woher ich das Recht nehme, solche Verträge abzuschließen. Von ihm nicht. Ich bin beauftragt von der alten Regierung, habe die Verhandlungen weitergeführt im Namen der Revolutionsregierung und handle jetzt im Auftrag des neuen Kabi-

netts. Die Frage ist also überflüssig. (Sehr richtig!) Die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen trägt die Reichsregierung mit folgender Aufgabe: Sachverständige sind in allen für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidenden Fragen gehört worden. Aber das Schiffahrtsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Schiffahrtsleuten stattgefunden. Die gegenteilige Behauptung ist eine unerhörte Anmaßung. Insgesamt waren in Trier 30 Sachverständige anwesend, nur Hugo Stinnes fehlte. (Weiterkeit.) Eine Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt wird nicht beabsichtigt. Herr Dr. Bögl stellt sich offensichtlich auf den bequemsten Standpunkt: Kritizieren ist leicht, besser machen ist schwer. Ich wäre ihm wirklich dankbar, wenn er im Interesse des deutschen Volkes auch nur einen einzigen positiven Vorschlag gemacht hätte. Die Aufgabe weiterer 10 Prozent an Lokomotiven und Eisenbahnwagen hätte unser Wirtschaftsleben viel mehr erschwert als die Ablieferung landwirtschaftlicher Maschinen, die sich wenigstens durchsetzen läßt, ohne daß irgend einem deutschen Bauern auch nur eine einzige Maschine weggenommen werden muß. (Hört! Hört!) Auch für die Bereitstellung des Rohmaterials für die neuherzustellenden Maschinen haben wir gesorgt. Es ist alles geschehen, ohne daß wir den Fluten Rat des Herrn Bögl (Weiterkeit.) hätten einholen müssen. Nun die Frage der Sachverständigen.

Gegen meinen Willen und ohne daß ich vorher befragt worden bin, war zu den Verhandlungen nach Spa Herr Hugo Stinnes entsandt worden. Ich habe seine Abberufung durchgesetzt. Herr Bögl hat eine ganze Reihe von Depeschen des Vereins deutscher Stahlindustrieller mitgeteilt, aber von einer hat er uns nichts gesagt: Wenn Herr Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, bedeutet die Vereinbarung überhaupt keinen Sachverständigen. (Bewegung und Schreie.) Unter solchen Terrorismen suchen Sie (zu Herrn Bögl) die Regierung zu sehen, aber ich kann Ihnen sagen, Ihre Herrschaft ist vorbei. Um unser Volk über die schwerste Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, müssen unsere Arbeiter das Ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaffen, und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden Gelder dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen, und zwar in einem solchen Umfang, daß wir vor dem Hungertod vor der Ernte gerettet sind. An Arbeiter und Kapital geht der Ruf, das Schicksal einzusehen, um unser Volk vor dem Untergang zu retten.

Eine kurze Kritik ist und noch gegeben, um die Finanzierung der Lebensmittel sicherzustellen.

Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, wenn fremdes Kapital vom deutschen Volk nicht genügend zur Verfügung gestellt wird, muß sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar sein, daß er sein Privatvermögen nur retten kann, wenn er es in den Dienst der Gesamtheit stellt. (Lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir haben erreicht, daß die Handelsflotte nicht eher auslaufen braucht, als bis die Abreiseinschiffung über die Ernährungs- und Finanzfragen herbeigeführt ist. Auf den Wellenberg der glücklichen Entwicklung ist das Tal der Erniedrigung gefolgt. Nach meiner Überzeugung sind wir jetzt an der Talsohle angelangt, und es hängt vom deutschen Volk ab, ob es wieder aufwärts gehen will. Dem Volk darf man keine Vorwürfe machen, nach dem schweren, über vierjährigen Krieg und der Richterfällung aller vielen glänzenden Verheißungen, die von den Gefinnungsgelehrten des Herrn Bögl gegeben worden sind. (Beifall bei der Mehrheit; Rufe bei den Unabhängigen: Von Ihnen auch!) Ich glaube an unser Volk und an seine Zukunft. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit; Hört! rechts.)

Es sprechen noch die Abg. Gröber (Zentr.) und Saubmann (D. Vpt.), die Erzberger verteidigen.

Abg. v. Graefe (D. Vpt.) betont, es müsse in der Nachschiffahrt eine Grenze geben.

Ministerpräsident Scheidemann erörtert wieder einmal die Schuldfrage.

Abg. Daale spricht für die Unabhängigen.

Abg. Stresemann (D. Vpt.) spricht im Sinne seines Parteifreundes Bögl.

Minister David wendet sich wiederum der Schuldfrage zu. Nächste Sitzung Mittwochnachmittag 2 Uhr: Fortsetzung der Besprechung über die Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit dem Nachtragsetat. — Schluß der Sitzung 7.45 Uhr.

Der Vertreter der Ostfront in der Nationalversammlung.

Weimar, 18. Febr. Als Vertreter der Ostfront ist der Unteroffizier Rodemann in die deutsche Nationalversammlung eingetreten. Er hat sich der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen und ist seit längerer Zeit in der Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen.

Der Anschluß Deutsch-Osterreichs.

Weimar, 18. Febr. Der Nationalversammlung wird in den nächsten Tagen ein Antrag vorgelegt werden, daß die Reichsregierung sich sofort mit der Regierung Deutsch-Osterreich wegen der Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll. Die Einbringung dieses Antrags, der entweder von der Gesamtheit der Parteien oder von der Regierung ausgehen wird, sollte bereits in der vorigen Woche erfolgen, ist aber durch die Waffenstillstandsverhandlungen verzögert worden.

Die neue deutsche Flagge.

Weimar, 19. Febr. Der Staatsauschuss beschloß gestern abend, daß die schwarz-rot-goldene Flagge in Deutschland als Nationalflagge eingeführt werde.

Der Nachfolger Vanselow's.

Berlin, 19. Febr. Von verschiedenen Blättern ist die Nachricht verbreitet worden, Kapitän Vanselow habe sein Amt in der Waffenstillstandskommission niedergelegt. Vielleicht ist diese falsche Nachricht, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, dadurch entstanden, daß beabsichtigt wird, die Angelegenheit des Reichsmarineamts in andere Hände zu legen. Auf Vanselow's bisheriger Posten ist Korvettenkapitän Dinnmann vom Reichsmarineamt zur Waffenstillstandskommission kommandiert worden.

Die Neugestaltung des preußischen Ministeriums.

Berlin, 19. Febr. Allmählich gewinnen die Pläne zur Neugestaltung des preußischen Ministeriums feste Form. Strittig ist gegenwärtig noch die Frage, ob Preußen einen eigenen Staatspräsidenten erhalten soll. Als Ministerpräsident für Preußen ist der bisherige Minister des Innern der Sozialdemokrat Paul Hirsch vorgesehn. Die Sozialdemokraten und das Zentrum sollen je drei Sitze erhalten. Man rechnet damit, daß den Demokraten das Handelsministerium mit Fischbeck an der Spitze sowie das Kultusministerium zufallen soll, außerdem sollen die Demokraten einen Minister ohne Portefeuille stellen. Dem Zentrum ist das Justizministerium, das Landwirtschaftsministerium und ein Minister ohne Portefeuille zugesagt. Da Dr. Friedberg bereits als Vizepräsident des Staatsministeriums fungiert hat, dürfte ihm das Amt des Vizepräsidenten angetragen werden.

Die Vorfriedens-Konferenz.

Die Regelung der Finanzfragen.

Berlin, 18. Febr. Die Finanzkommission der Pariser Konferenz hat einen großen Erfolg dadurch errungen, daß sie drei der wichtigsten 14 Punkte zur Verwirklichung brachte und dadurch sämtliche wirtschaftlichen Hindernisse zwischen den Nationen beseitigt. Es soll eine Gleichheit der Handelsbeziehungen sämtlicher Länder verwirklicht werden. Im Anfang schien es, daß diese Frage auf wesentliche Hindernisse stoßen würde, da man verschiedene Handelsabkommen zwischen den Nationen wünschte; dadurch würde das ganze Prinzip hinfällig sein. Jetzt aber hat man sich geeinigt, und es bleibt nunmehr noch eine große Frage auf dem Finanzgebiet zu erledigen, nämlich die Forderung, die verschiedene europäischen Staaten stellen nach Vereinheitlichung der Schulden, Guthaben und Kredite der verschiedenen Nationen.

Das russische Problem.

Genf, 17. Febr. Die Pariser Friedenskonferenz setzt die Aussprache über die russischen Angelegenheiten fort. Präsident Wilson ist durch den Obersten House vertreten. Die „Journal“ andeutet, sucht die Konferenz gegenwärtig eine Formel, die es gestattet, die Verhandlungen mit der Regierung Lenins fortzusetzen. Es sollen diejenigen Bedingungen festgestellt werden, von deren Erfüllung die Zulassung Rußlands zu den Friedensverhandlungen abhängig gemacht wird.

Die Nationalwahlen in Österreich.

Wien, 18. Febr. Der Staatsrat wird für die besetzten Gebiete ernennen: 13 Christlichsoziale, 30 Sozialdemokraten, 43 Deutschnationale. Somit stellt sich das endgültige Parteiverhältnis wie folgt: 77 Christlichsoziale, 107 Sozialdemokraten, 66 Deutschnationale, 3 Bauernbündler und 3 andere.

Eine Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens.

Breslau, 18. Febr. Reichsminister Erzberger hat einem Vertreter des schlesischen Volkstags erklärt, daß eine Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens in nächster Zukunft steht. Diese Abstimmung werde in etwa 3 Monaten stattfinden.

Die badischen Bundesbevollmächtigten.

Dr. Karlsruher i. Baden, 18. Febr. (Amtlich.) Die Regierung hat den Ministerpräsidenten Geise und den Minister des Innern Dietrich zu Bundesbevollmächtigten, den Minister des Innern Dr. Haas, den Verkehrsminister Budert und den Finanzminister Dr. Wiltz zu stellvertretenden Bundesbevollmächtigten ernannt.

Die spartakistischen Untritte im Ruhrrevier.

Berlin, 19. Febr. Zu den Unruhen im Ruhrrevier äußert sich der „Vorwärts“, daß die Kohlenproduktion fast ganz aufhört habe. Bei einzelnen Schächten ist es selbst unmöglich, die bringenden Rotarbeiten zu leisten, und die Gefahr, daß die Schächte verlassen und völlig zu Bruch gehen, außerordentlich groß. Das aber würde unsere Kohlenwirtschaften zur schlimmsten Katastrophe treiben.

Besprechungen im Reichskabinett. — Truppenbewegungen nach Münster.

Berlin, 19. Febr. Das Reichskabinett beschäftigt sich gestern mit der kritischen Lage im Ruhrrevier. Es sollen sich nach den bisher vorliegenden Nachrichten neue Beden-

tel des Ruhrreviers in den Händen der Spartakisten befinden, die jeden Kohlentransport mit Gewalt verhindern. Auf den meisten Sechen des Bochumer Bezirks sind gestern früh die Besatzungen nicht eingefahren. Die Wehrzettel der Bergleute ist zwar gegen den Streik, sie brüstet sich aber dem Terror der Spartakisten. Die Bewegung wird namentlich von Düsseldorf aus geleitet. Trotz der Drohung der Spartakisten, die Bergwerke zu demolieren, ist die Reichsregierung entschlossen, im Ruhrrevier Ordnung zu schaffen. Sie hat daher heute eine Brigade nach Mülheim beordert und wird weitere Truppen in Kürze folgen lassen.

Spartakisten in Hanau.

Hanau, 19. Febr. Gestern nachmittag zog eine Anzahl zum großen Teil in Soldatenuniform stehender junger Burschen vor das Landesgerichtsgelände und befreite eine Anzahl Gefangener. Die Aufrechterdrängen in die Bureaus der Staatsanwaltschaft ein, warfen die Strafsachen mit den demolierten Regalen. Stühlen usw. zum Fenster hinaus und steckten sie darin in Brand. Im Rathaus drangen sie in die Bureauräume der Brotmarkenverteilung und warfen die Lebensmittelpapiere auf die Straße.

Die Lage in Mülheim.

Mülheim (Ruhr), 18. Febr. Die Spartakisten haben hier in beschränktem Umfang den örtlichen Telefonverkehr zugelassen. Im Gegenzug zu den Berichten der Spartakisten wird gemeldet, daß in Herbst-Dörfern die Regierungstruppen Herren der Lage sind. Es kam zu wiederholten heftigen Zusammenstößen, bei denen die Regierungstruppen fünf Tote und die Spartakisten 24 Tote hatten. Unter den Gefallenen der letzteren befindet sich auch der Führer der Spartakisten. Die Regierungstruppen haben mehrere hundert Spartakisten gefangen.

Steuerstreit in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, 18. Febr. In einer Versammlung der Mehrheitsfraktion wurde nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Kaufsberg einstimmig beschlossen, keine Steuern mehr zu zahlen, bis der hiesige unabhängige WSA zurückgetreten ist.

Der Rückmarsch aus dem Osten.

Berlin, 17. Febr. Wie uns von ausländischer Seite mitgeteilt wird, verläufen die Bahntransporte der letzten Teile der Heeresgruppe Kiev glatt. Verhältnismäßig wurde gestern viel geräumt. Bialystok wird verhältnismäßig am 19. Februar geräumt.

Die Lage im Baltikum.

Dr. Libau, 18. Febr. Estländisch-litauische Front: In Telsh herried Ruhe. Murawjewa wurde am 18. Februar, vormittags, von Westen, Süden und Südosten von unseren Truppen im Sturm genommen. Überlegene feindliche Besatzung floh nach zäher Verteidigung unter Hinterlassung von 60 Toten in den nahen Wald. Eigene Verluste 1 Toter, 1 Verwundeter. Heute an Gefangenen, Bogen, Pferden und Ausrüstungen. Der Ort wurde planmäßig wieder geräumt. Patrouillen in der Gegend von Dorokow fanden keine Verührung mit dem Feind. Geplänkel bei Friedrichsdorf. Ähren, Korn und Kampfen wurden stark bestraft. Verluste in diesen Gefechten: 4 Verwundete, 4 Vermisste. Aus Edwale wurden schwache bolschewistische Abteilungen vertrieben. Nach Eintritt der Dunkelheit griff der Feind mit Maschinengewehren und Geschützen bei Schunden an und wurde abgewiesen.

Die Bolschewisten-Armee.

Berlin, 18. Febr. Über die Lage im Osten wird von zuverlässiger Seite gemeldet, daß sich die Stärke der gesamten bolschewistischen Armee auf etwa 750 000 Mann beläuft, von denen 250 000 ausgebildete Truppen seien. 90 000 Mann ständen an der Südfont, 40 000 an der finnischen und Ostfront, 8000 in Petersburg. Angeblich sei für das Frühjahr eine allgemeine Offensive geplant. Als erste Etappe auf ihrem Siegeszug wollen die Bolschewisten Polen und Ostpreußen erobern. Da die meisten russischen Munitionsfabriken im regen Betriebe seien, herrsche im Bolschewistenheer kein Mangel an Munition.

Die Zentrumspartei in Elsaß-Lothringen.

Basel, 16. Febr. Die erste politische Partei, die sich in Elsaß-Lothringen neu organisiert hat, ist die katholische Zentrumspartei. 300 Vertrauensmänner der Partei haben am Dienstag in Straßburg ihr Programm wie folgt festgesetzt: Erhaltung der konfessionellen Schule, zweisprachiger Unterricht, Erhaltung der kirchlichen Verfassung der Kirche und Rechte, regionale Verwaltung, Aufrechterhaltung der sozialen und Arbeitergesetzgebung.

Beschlagnahme des gesamten deutschen Besitzes in China.

Dr. Amsterdam, 18. Febr. Die „Times“ meldet aus Schanghai, daß der gesamte deutsche Besitz in China beschlagnahmt worden ist.

Spanien.

Dr. Amsterdam, 18. Febr. Einem hiesigen Blatt zufolge meldet die „Times“ aus Barcelona, daß der Belagerungszustand in Stadt und Provinz Barcelona fortbesteht. Die nationalistischen Agitatoren sind verhaftet oder am Bord der in dem Hafen vor Anker liegenden Kriegsschiffe gebracht worden. Die nationalistischen Parteien haben die Absicht, die Selbstverwaltung durch die Revolution zu erzwingen.

kleinasien.

Dr. London, 18. Febr. (Reuter.) Athener Blättern wird aus Konstantinopel gemeldet, daß die Engländer Ricomedia, Angora und Aouia besetzt haben.

Rücktritt der Untersuchungskommission im Falle Liebknecht-Luxemburg.

Berlin, 18. Febr. In dem Gerichtsverfahren zur Untersuchung der Fälle Liebknecht und Rosa Luxemburg waren von der Reichsregierung das Mitglied der Zentralrates Strunz und die Mitglieder des Volksrates Ruch und Wegmann bestimmt, der militärischen Untersuchung beizuwohnen. Die Herren haben es abgelehnt, an der Untersuchung weiter teilzunehmen und begründeten ihren Rücktritt damit, daß ihr Auftrag, die Schuldigen durch ein ordentliches Zivilgericht abzuurteilen zu lassen, abgelehnt wurde, daß ferner die ihnen durch Zeugenaussagen bekannten Anklagen, Täter und Beihilfer nicht in Haft gesetzt wurden und flüchten konnten, daß eine Verurteilungsgefahr vorliegt, daß es den noch in Freiheit befindlichen möglich ist, sich untereinander zu verständigen. Die Kommission erklärt, es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren zu können, noch weiter an einer Untersuchung teilzunehmen zu können, die durch die ganze Art ihrer Handhabung zur Unzufriedenheit beruht sei.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Warnung.** Die Bevölkerung wird in ihrem eigenen Interesse nochmals dringend gewarnt, bei Beantragung von Reisepässen falsche Angaben zu machen oder mit den Reisepässen irgend welchen Mißbrauch zu treiben. Ferner wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die französische Behörde streng darüber wacht, daß Reisepässe nicht fälschlich ausgestellt werden. Verstöße gegen die diesbezüglichen Bestimmungen werden von der französischen Behörde strengstens geahndet.

Der Polizeidirektor.

— **Für Tierbesitzer.** Aus den Abdeckerien ist nach einer Bekanntmachung des Landwirtschaftsministeriums wiederholt klage darüber geführt worden, daß die Vorschriften über die Ablieferung gefallener Tiere an die Kadaververwertungsanstalten von den Tierbesitzern vielfach nicht beachtet und dadurch erhebliche Verluste für die Volkswirtschaft verursacht werden. Auch werde behauptet, daß Scheinschlachtungen an bereits derentzogenen Tieren zu dem Zweck vorgenommen werden, die Haut dieser Tiere dem Ablieferungsamt zu entziehen. Die Polizeibehörden, die Tierärzte und die Fleischbeschauer erhalten Anweisung, diesen Dingen ihr besonderes Interesse zu widmen und Schuldige zur Anzeige zu bringen.

— **Landwirtschaftliches.** Der Kreisausschuß des Landkreises Wiesbaden wird voraussichtlich mehrere tausend Zentner Saatkartoffeln und Düngemittel erhalten. Bestellungen sind mit tunlichster Beschleunigung zu machen. Der Preis für die Kartoffeln bewegt sich zwischen 14 und 27 M. für den Zentner. — Die Landwirtschaftskammer macht bekannt, daß, nachdem die bisher bei ihr angemeldeten freien Stellen für Heuerntensleute zum großen Teil besetzt werden konnten, die noch freien oder freierwerbenden Anechte- und Magdestellen von den Landwirten am zweckmäßigsten bei den örtlichen öffentlichen Arbeitsnachweisen des Mitteldeutschen Arbeitsnachweises angemeldet werden.

— **Saatkartoffeln.** Die Bekanntmachung des Reichsernährungsamts über Saatkartoffeln vom 8. Februar d. J. lautet wie folgt: § 1. Saatkartoffeln dürfen außer im Fall des § 2 der Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918 vom 2. September 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1092) aus einem Kommunalverband in einen anderen auch dann geliefert werden, wenn die Lieferung auf Grund eines in der Zeit vom 10. Februar bis 15. März 1919 einseh. abgeschlossenen und von dem Kommunalverband, aus dessen Bezirk die Kartoffeln geliefert werden, genehmigten schriftlichen Vertrag erfolgt. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn die Kartoffeln an landwirtschaftliche Berufsvertretungen oder an solche Personen, die sie selbst zur Ausaat zu verwenden wollen, abgesetzt werden. Im letzteren Fall muß die nach § 3 Abs. 1 der Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918 vom 2. September 1918 beizubringende Bedarfsbescheinigung nach dem beigefügten Muster 1 gefertigt sein. § 2. Der Antrag auf Genehmigung ist alsbald nach Abschluß des Vertrags, spätestens bis zum 20. März 1919, zu stellen. Die Kommunalverbände haben bis zum 15. April 1919 der Reichsarbeitsstelle eine Übersicht der von ihnen genehmigten Verträge einzureichen. § 3. Die Vorschriften der Verordnung über Saatkartoffeln aus der Ernte 1918 vom 2. September 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1092) finden, vorbehaltlich der sich aus vorstehenden Bestimmungen ergebenden Abweichungen, entsprechende Anwendung. § 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

— **Billiges Schuhwerk für die minderbemittelte Bevölkerung.** Die Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen aus Leder, insbesondere mit billigem Schuhwerk und Gesellschaftermaterial aus Leder, das der minderbemittelten Bevölkerung durch die Kommunen auf Anfordern bei der Reichsstelle für Schuhversorgung zugeführt wird, macht bei der anbauenden ungenügenden Lage des Ledermarktes eine restlose Ausnutzung der durch die Demobilisierung des Heeres freierwerdenden und durch die Beschlagnahme der Reichsstelle für Schuhversorgung erfassten Alledermengen im volkswirtschaftlichen Interesse zur gebieterischen Notwendigkeit. Die Kriegswirtschafts-A.-G., die bisher mit der Vertretung dieser Materialien zu tun hatte und nahezu 4000 Arbeiter damit beschäftigt, hat sich als Reichs-Zentral-A.-G. anderen Aufgaben zugewandt. An ihre Stelle tritt als ihre Nachfolgerin die Alleder-Verwertungsgesellschaft (A.-V.-G.) G. m. b. H., Berlin W. 50, Weißbergstraße 41. Die Gesellschaft ist unter Beteiligung des Reichs sowie der interessierten Alledergrößhändler mit 4 Millionen Mark Stamkapital gegründet worden. Die Beschlagnahme von getragenen Schuhwerk, Alleder und gebrauchten Gegenständen aus Leder bleibt aufrechterhalten. Vor privaten Ankäufen wird dringend gewarnt, da im Interesse des Allgemeinwohls Abwertungen streng verfolgt werden müssen.

— **Kellerbeschlüsse aus den verschiedensten Stadtteilen** sind gestern wieder bei unserer Kriminalpolizei zur Anmeldung gelangt.

— **Kurse für Kinnbeschädigte Akademiker.** Der Akademische Hilfsbund veranstaltet in seiner Heimstätte Burse ab 15. März Kurse für kinnbeschädigte Akademiker unter Leitung einer ersten Assistentin auf dem Gebiete der Stimmkultur. Gerate für den Akademiker bedeutet die Stimmkultur eine erste Berufsfrage. Stimmkulturelle Einübungen und Akademiker sollen sich verpflichten, die ihnen dargebotene Hilfe zu benutzen. Für Unbemittelte und Minderbemittelte werden in Verbindung der Grundzüge des Akademischen Hilfsbundes die Kosten für den Kursus und Aufenthalt ganz oder teilweise erlassen. Gefühle nimmt unter Befähigung eines ärztlichen Prüfungs die Hauptgeschäftsstelle des Akademischen Hilfsbundes, Berlin NW. 7, Georgenstraße 44, bis zum 1. März entgegen.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

• **Kurhaus.** Für morgen Freitag ist nachmittags 4 Uhr im Kurhaus ein Pankrätzerfest des hiesigen Kurvereins unter Leitung des hiesigen Musikdirektors Schürich angesetzt. Zur Ausführung gelangt u. a. die große C-Zur-Einführung von H. Schubert.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

— **Bad Homburg v. d. H., 18. Febr.** Die Regieschlachtungen der Stadt erbrachten nach der vorliegenden Bilanz vom 31. März 1918 einen Überschuß von 42 466 M. Die Wasserversorgung hatte 1918 einen Verlust von 1 251 M., 1917 einen solchen von 113 388 M. Die Abteilung Kleinrenten, Kartoffeln u. dgl. brachte einen Verlust von zusammen 21 978 M. Der Gesamtverlust bei der Lebensmittelverwertung belief sich auf 350 000 M. — Für die Vermehrung des Strahlungsnetzes in dem Taunus-Oberrheintalium auf dem Kleinen Feldberg stellten Kaufmann Karl Reichenberg und Frau für fünf Jahre je 50 000 M. zur Verfügung. Der hiesige der hiesigen Verein beschlossene Ausbau der Rappeler Sternwarte muß auf bessere Zeiten verschoben werden.

sch. Höchst a. M., 16. Febr. Der Kreistag des Kreises Höchst hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher der Haushaltsplan für 1919 und verschiedene andere wichtige Vorlagen zur Beratung und Beschlußfassung traten. Der Tag schloß in Einnahme und Ausgabe mit 900 000 M. ab gegen 676 700 M. im Vorjahr. Während für das verlassene Wirtschaftsjahr 351 703 M. an Steuern auskommen sollten, sind für das neue Wirtschaftsjahr 588 000 M. veranschlagt. Der Veranschlagte wurde genehmigt. Eine Vorlage von besonderer Wichtigkeit betraf die Umwandlung der Reichs-Einkommen des Kreises in feste Steuern. Diese Steuern betragen in künftigen Antragsnahmen bei der Kassatischen Landesbank zu Wiesbaden, die erfolgen zur Zahlung der Kriegsfamilienunterstützungen und zur Deduktion der sonstigen Kriegs-

wirtschaftlichen Maßnahmen. Der Kreistag hatte bis Ende Januar 1919 Darlehen in Höhe von 12 700 000 M. bewilligt, darauf wurden bisher 11 078 933 M. abbezahlt. Um den zunehmenden Schwierigkeiten der künftigen Kreditaufnahme zu begegnen und um auch noch zu erwartende weitere Ausgaben auf diesem Gebiet gleich mit zu berücksichtigen, wurde eine 4proz. Kreisanleihe in Höhe von 15 Mill. M. zur zu deren Begebung an die Kassatische Landesbank beauftragt. Die Beschlüsse der Vorlage sind einige Wochen von besonderer allgemeiner Bedeutung. Es heißt da: Bis Ende Dezember 1918 sind von der Kreis- an Kreissfamilien-Unterstützungen gezahlt worden: a) Reichsgeld 8 621 712 Mark, b) Kreisgeld 4 651 925 M., c) erhöhter Kreisgeld 1 407 733 M., d) Kranken- und Anstaltskosten von Kriegsteilnehmern 19 855 M., insgesamt also 14 388 225 M. Darauf sind zuerkannt: a) Reichsgeld 1 884 000 M., b) Kreisgeld 239 822 M., insgesamt also 2 123 822 M. Mitin bleiben bis Ende Dezember 1918 in Kassen des Kreises 9 628 194 M., dazu kommen noch die Zinsen und Zinseszinsen für die bisher aufgenommenen Anleihen, soweit diese nicht aus laufenden Einnahmen gedeckt werden konnten, mit 785 901 M., so daß sich also ein Gesamtbetrag von 10 414 095 M. ergibt. Mit der Möglichkeit, daß die aufzunehmenden Zinsen aus künftigen Mitteln abgezahlt werden, kann nicht gerechnet werden. — Auch eines eruchten Erweises der Kommandatur auf die Grupp- und der unermittelten Beamten haben zwei Beamte der Volk- und der Bahn einen Offizier der Besatzungstruppen gekümmert wieder nicht gekümmert. Sie wurden festgenommen und mit einer Gefängnisstrafe belegt.

Gerichtssaal.

we. **Wider die guten Sitten.** Die Witwe E. L., früher in Schlieren, jetzt in Riedel wohnend, hat, seitdem ihr Mann gefallen ist, sich einem höchst leichtfertigen Lebenswandel hingelassen. Sie ist bereits mit drei Verurteilungen bestraft worden, weil sie als Arbeiterin auf einer Schlierener Fabrik mit Kriegsfamilien im heimlichen Verkehr stand. In Riedel, in ihrer Wohnung an der Elisabethenstraße, setzte sie ihr Treiben fort, bis es zum öffentlichen Skandal wurde, die Nachbarn beschwerte bei der Polizei führte und diese dann zu ihrer Festnahme schritt. Zunächst waren diejenigen, denen sie ihre Kunst in Gemeinschaft mit zwei anderen leichtfertigen Mädchen zuwandte, aus dem Hause heimgeführt. Solche, dann nach Eintreffen der Besatzungstruppen waren es Leute aus deren Reihen. Man lebte bei ihr in Haus und Braut, ließ Geloge ab, und es fiel in dem Hause aus und ein wie in einem Diensthof, nicht nur bei Tag, sondern auch zu nächstlicher Zeit. Dienstag Letzte des Schlierenperiod die übrigen heute der sittenpolizeilichen Kontrolle unterstellte Frau weil sie gewohnheitsmäßig bei sich der Unzucht Beisatz eingelegt habe, vor sein Forum gezogen. Die Verhandlungen gingen hinter verschlossenen Türen vor sich und endeten bei dem Ergebnis der Frau mit ihrer Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis. Bei dem Urteil erklärte sie sich berechnen zu wollen.

we. **Rasche Schiffe** aus einer an sich richtigen Veröffentlichung in der „Riedel. Tageszeitung“ hat der Wirt in den „Zwei Haken“ an der Wollstraße gegen einen Tages im Riedel v. d. R. war in dem erwähnten Blatt zu lesen, daß die Abhaltung von Zangmüllern nicht mehr grundsätzlich um die Genehmigung in einer solchen ein, bei der Polizeibehörde um die Genehmigung in einer solchen ein, als die erwartete Erlaubnis aber nicht einlief, ließ er am 1. Dezember ohne sie bei sich tragen. Das Schöffengericht befreite ihn, daß lediglich der Zustand vor dem Krieg wieder eingetreten ist, wonach jede Zangmüllerei der polizeilichen Genehmigung bedarf und beurteilte ihn zu 3 M. Gefängnis, während die ursprünglich durch Strafverfolgung weiter ihn schickte Strafe auf 50 M. gelautet hatte. Bei dem Urteil wurde in Erwägung gezogen, daß die Straftat in eine Zeit falle, in der schlimmere Ausfahrungen als die hier in Frage kommende die Regel gebildet hätten und in der mit Tölpelung des Soldatenstands sogar hier in Wiesbaden ein Zangmüll neu eröffnet worden sei.

Handelsteil.

Berliner Börsenkurs.

An der Berliner Börse notierten am 17. Februar: Schantung-Eisenbahn 107 1/2, Lombard 16 1/2, Allg. Lok.-St. 140 1/2, Hambg.-A.-L. 88 1/2, Hansa-Dpf. 186 1/2, Nordd. Lloyd 89 1/2, Berl. Handelsk. 156 1/2, Darmst. Bk. 120, Deutsches Bank 21 1/2, Lise-Comm. 167 1/2, Dresdner Bank 143 1/2, Nat.-Bank f. D. 106, Ost. Kredit 126 1/2, Akkumulat. 234 1/2, Adlerwerke 24 1/2, Allg. Elektr. 167, Augsb.-Nürnberg. 190, Bad. Anilin 290, Bergm. Elekt. 146, Bismarckhütte 188 1/2, Boch. Gußst. 165 1/2, Brown. Bw. 289, Buderus 193 1/2, Griesheim 199 1/2, Chem. Albert 315, Daimler Mot. 193 1/2, Deutsche Lux. 119, Dtsch. Erdöl 244, Dtsch. Kali 164, Dtsch. Waff. 185, Elberf. Farb. 272, Eschw. Bw. 232, Felt u. Guill. 149, Friedrichsh. 167, Gasm. Deutz 119 1/2, Gelsenk. Bw. 146, Gelsenk. Gußst. 183 1/2, G. Marienh. 125 1/2, Goldschmidt 21 1/2, Harn. Bw. 163 1/2, Hilbert Masch. 166 1/2, Hirsch-Kunfer 175, Höchster Farb. 254, Hösch Eisen 215, Hohenlohe 109, Aschersleb. 193, Koth Cellul. 102, Lahmeyer 115, Laurahütte 183 1/2, Lüdens. Eism. 157 1/2, Lothr. Hütte 180, Mannesm. 175, Oberschl. E. 183 1/2, Oberschl. Eisen-Ind. 183 1/2, Oberschl. Koksw. 206, Orenst. u. Koppel 153, Phönix Bergw. 164 1/2, Rhein. Met. 202, Rhein. Stahlw. 148, Riebeck Met. 187, Rombacher 150, Rütgersw. 168, Schuckertw. 126, Siemens u. Halske 150 1/2, Ver. Köln-Rottw. 120, Ver. Fränk. S. 212, Ver. Glanzst. 479, v. d. Zypen 188 1/2, Westereg. Al. 217, Zellst. Waldhof 202, Otavi Miner 109 1/2, Otavi Genußsch. 84 1/2.

Banken und Geldmarkt.

• **4proz. Wiesbadener Stadtanleihe.** Die in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossene Stadtanleihe von 20 Mill. M. soll 4proz. sein und zu 93 1/2 Proz. dem Publikum angeboten werden.

Industrie und Handel.

• **M. u. L. Heß, Schuhfabrik, A.-G., Erfurt.** Nach 105 815 Mark (i. V. 103 829 M.) Abschreibungen und 250 000 M. (80 318 M.) Kriegsteilnehmererlösen ergibt sich ein Reingewinn von 718 065 M. (884 612 M.), der sich durch den Vortrag auf 840 258 M. (851 452 M.) erhöht. Die Dividende für die alten Aktien (450 Mill. M.) beträgt wieder 12 Proz.

• **Link-Hofmann-Werke, A.-G., Breslau.** Nach 406 534 Mark (664 842 M.) Abschreibungen auf Gebäude und 550 000 Mark (617 000 M.) Zuweisung an die Kriegsrücklage verbleibt einschließlich Vortrag von 352 243 M. (212 265 M.) ein Reingewinn von 4506 324 M. (4 039 077 M.), aus dem auf die 16 Mill. M. Stammaktien wieder 24 Proz. und auf die 320 Mill. M. Vorkursaktien wieder 4 1/2 Proz. Dividende verteilt werden.

Weinbau und Weinhandel.

• **Aufhebung der Ausfuhrabgabe für Wein.** Nach einer dem Verband Rheinbessischer Weinhandeler aus Berlin zugekommenen Nachricht ist die Aufhebung der Ausfuhrabgabe für Wein in den nächsten Tagen zu erwarten. Die Ausfuhrabgabe für Sekt ist bereits aufgehoben.

Di: Abend-Ausgabe umfaßt 4 Seiten.

Hauptredaktion: H. Hegerdort.

Verantwortlich für Zeitungs- u. Hegerdort; für politische Nachrichten: H. Hegerdort; für den Unterhaltungs- u. H. Hegerdort; für den lokalen und provinziellen Teil und Geschäfts- u. H. Hegerdort; für den Handel: H. Hegerdort; für die Anzeigen und Reklamen: H. Hegerdort; für den Druck u. Verlag der 2. Schellengerhym Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

10. Frau Tina Hofmann, geb. Kraut
und Kinder Hedwig u. Ella.

